

Wer war Wenzel Jaksch?

Thesenpapier und Anregung zur Forschung

Im November 2016 waren es fünfzig Jahre, seit Wenzel Jaksch in Wiesbaden an den Folgen eines Verkehrsunfalls im Alter von siebzig Jahren verstarb. Er war einer der bekanntesten und wahrscheinlich auch erfolgreichsten Vertriebenenpolitiker der Bundesrepublik – Präsident des Bundes der Vertriebenen, Vorsitzender der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Vorsitzender der Seliger-Gemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft ehemaliger sudetendeutscher Sozialdemokraten. Aufgrund seines Fleißes und seiner Intelligenz gelang es Jaksch, weit über die Grenzen seiner bescheidenen Herkunft im südlichen Böhmerwald hinauszuwachsen. Die Führung der Seliger-Gemeinde feierte 2016 als Gedenkjahr für Wenzel Jaksch. Inzwischen ist bei Oldenbourg ein geradezu peinliches Buch des Leiters der Berliner Außenstelle des Institutes für Zeitgeschichte, Michael Schwartz, erschienen (*Funktionäre mit Vergangenheit*). In diesem offenbar politisch motivierten Whitewash wird Jaksch neben dem schließlich bei der NPD geendeten Linus Kather als der einzig Aufrechte und Demokrat unter den elf Gründungsmitgliedern des BdV bezeichnet. Dass Schwartz zu diesen unhaltbaren Schlüssen gelangt, liegt höchstwahrscheinlich nicht nur daran, dass er Archive, den Jaksch-Nachlass und meine bisher einzige Biographie völlig ignoriert, sondern wohl auch am Wunsch, die SPD bei seiner weiteren Karriere nicht zu verlieren. Sein Münchner IfZ-Kollege und Albert-Speer Biograph Magnus Brechtken hätte das Thema Jaksch ungeachtet der unterschiedlichen Dimensionen sicherlich anders angepackt.

Ein nach wie vor großes Problem bei der Beschäftigung mit Jaksch ist die selbst nach dem Kollaps des alten Regimes in der Tschechischen Republik und der beschränkten Verfügbarkeit von Akten über die Nachkriegszeit dort und in der Bundesrepublik noch immer dürftige Quellenlage betreffend das Wirken Jakschs in seiner böhmischen Heimat und danach in Deutschland. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass es nur unvollständige Belege über ihn und die von ihm 1938 noch kurzzeitig geführte sudetendeutsche Sozialdemokratie (DSAP) gibt, sondern auch auf die Vernichtung von Quellen im Nachlass Jaksch durch seinen engen Mitarbeiter Alfred Domes, den langjährigen Geschäftsführer der von Jaksch geführten und nach seinem Ableben auch aufgrund von Untersuchungen des Bundesrechnungshofes geschlossenen „Deutschen Stiftung für Europäische Friedensfragen“. Domes war im Jahre 1967 ohne Zustimmung der Witwe mehr als eine Woche im Münchner Sudetendeutschen Archiv damit beschäftigt, den Nachlass zu „säubern“ und damit eine objektive und gründliche Recherche zu erschweren. Es ist unbestritten, dass es Domes vor allem um die Vernichtung kontroverser Informationen ging. Als Heinrich Windelen im Jahre 1972 ein Buch gegen die neue Ostpolitik veröffentlichte, zitierte er lange Passagen aus äußerst kritischen Schreiben Jakschs an seine Partei, welche wahrscheinlich von Domes aus dem Nachlass entnommen worden waren. Auch der Verfasser dieser Zeilen wurde 1971 von Domes über das Münchner Collegium Carolinum ersucht, für ein

Honorar von zehntausend Deutsche Mark der Stiftung für Europäische Friedensfragen ein (nicht gewährtes) Redaktionsrecht an seiner damals gerade fertiggestellten Dissertation über *Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie* einzuräumen. Domes war ehemaliger Blockleiter der NSDAP in Kopenhagen, wo er sich auch mit Rassetheorien beschäftigte und ab 1943 Presseamtsleiter der NSDAP in Genua. *Sage mir, mit wem Du gehst und ich sage Dir, wer Du bist...* Als Hans-Werner Martin in den frühen neunziger Jahren seine sehr lesenswerte Dissertation über die Nachkriegspolitik Jakschs begann, musste auch er bald feststellen, dass über die Zeit nach 1949 nur wenig aussagekräftiges Material zur Verfügung stand. Er verzichtete deshalb auf die hochinteressante Zeit nach der Rückkehr Jakschs aus Großbritannien. Sehr wichtig bei der Bewertung Jakschs ist schließlich die Wahrscheinlichkeit, dass es immer einen „offiziellen,“ so gut wie möglich reingewaschenen Jaksch gegeben hat und einen „inoffiziellen,“ eine politische Persönlichkeit, deren eigentliches politisches Trachten völkisch-sozialistisch, großdeutsch und somit auch antitschechisch gewesen ist.

Der konservative sudetendeutsche Intellektuelle Emil Franzel, einst ein Weggefährte Jakschs in der Partei und in der Redaktion des Prager *Sozialdemokrat*, wies einmal darauf hin, dass Jaksch im Grunde genommen die sozialistischen Klassiker wie Marx, Engels, Luxemburg oder Kautsky weder gelesen noch verstanden habe. Was vielleicht als abwertend verstanden werden kann, ist eigentlich ein Schlüssel für das Verständnis der Politik Jakschs, der als Kleinbauernsohn ohnehin ein distanzierteres Verhältnis zum Industrieproletariat hatte. Für Jaksch war der Sozialismus zeitlebens keine Klassenbewegung, sondern ein nichtmarxistisches gesellschaftspolitisches Konzept für die Mobilisierung breiter Schichten und ihre materielle Besserstellung. Hinzu kam, dass die entlang der Grenzen des tschechoslowakischen Staates angesiedelten und selbst sprachlich heterogenen Sudetendeutschen spätestens seit dem Zerfall Altösterreichs zentrifugalen, nach Loslösung vom ungeliebten Prag drängenden Kräften ausgesetzt waren. Konrad Henlein hat diesem Bedürfnis entsprochen. Auch Wenzel Jaksch war spätestens nach der verheerenden Niederlage der Sozialdemokratie in den Wahlen von 1935 davon überzeugt, dass der großdeutsche (und grundsätzlich demokratiekritische) Volksgemeinschaftsgedanke einem elementaren Bedürfnis der Sudetendeutschen entsprach. Jaksch hatte überdies bereits 1934 die Leitung des Parteischiedsgerichts übernommen, welches die mehrheitlich jüdischen Führer der aktivistischen, protschechischen Oppositionsgruppe *Sozialistische Aktion* rücksichtslos aus der DSAP ausschloss.

J. W. Brügel erinnert sich auch an Jakschs Antisemitismus in der Auseinandersetzung mit Ludwig Czech im Kampf um den Parteivorsitz. Jaksch war schließlich in den dreißiger Jahren involviert in Bemühungen der tschechischen Bruderpartei, führende Mitglieder jüdischer Herkunft aus ihren Positionen zu entfernen. Dies war die Zeit, als seine lebenslange enge Freundschaft mit Hitlers ehemaligem Weggefährten Otto Strasser begann, dem Jaksch dann in den fünfziger Jahren half, nach langem Exil in Kanada endlich in die Bundesrepublik zurückkehren zu können. Strasser und Franzel waren auch maßgeblich an der Entstehung von Jakschs Buch *Volk und Arbeiter* (1936) beteiligt, einem kaum verkappten Plädoyer für ein volkssozialistisches und großdeutsches Mitteleuropa, u.a. mit Anleihen aus dem sogenannten Bamberger Programm der Gebrüder Strasser. Die damals in Prag ansässige Exilführung der SPD war derart entsetzt, dass sie ein Sonderheft der *Zeitschrift für Sozialismus* herausgab, um dem Gedankengut Jakschs entgegen zu treten. Noch in den sechziger Jahren wurde

Jaksch deshalb von alten SPD-Funktionären aus der Prager Zeit wie Fritz Heine verachtet. Rix Löwenthal, später Professor an der FU Berlin, attackierte Jakschs Buch 1936 in der *ZfS* als bedauerlichen „Einbruch der politischen Ideologie des Gegners in unsere Reihen.“

Jakschs Ziel war die Übernahme der erfolglosen sudetendeutschen Sozialdemokratie, die seit 1920 von dem inzwischen hilflos agierenden Austromarxisten Ludwig Czech geführt worden war. Wie schon erwähnt, benutzte Jaksch dabei sogar antisemitische Argumente gegen den nahezu siebzigjährigen und kranken Parteivorsitzenden. Als die DSAP nach dem Anschluss Österreichs im Frühjahr 1938 als letzte demokratische Partei der Deutschen in der ČSR übrig geblieben war, nahm Präsident Beneš eine sogenannten Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokraten in Prag zum Anlass, um über DSAP-Generalsekretär und Parlamentsvizepräsident Siegfried Taub die Wahl Jakschs zum neuen Führer der DSAP zu erzwingen. Taub gehorchte obwohl er Jaksch nicht mochte. Der Coup gelang und Jaksch wurde ohne Gegenstimmen bei Stimmenthaltung aller mährischen Delegierten zum Nachfolger Czechs bestimmt. Jaksch erklärte dessen ungeachtet wenig später im Parlament, er werde politisch „nicht auf den tschechischen Bänken“ sitzen, obwohl er dem Präsidenten eigentlich zum Dank verpflichtet war. Nur wenige Tage später traf sich Jaksch auf Anraten Strassers und nach Vermittlung des Henlein-Vertrauten Ernst Kundt mit dem hohen SdP-Funktionär Josef Pfitzner, um die mögliche Eingliederung der Sozialdemokratie in die Henlein-Partei zu sondieren. Als Jaksch nach dem Krieg wegen dieser Kontakte kritisiert worden war, verteidigte er sich u.a. mit der Entschuldigung, die SdP-Anhänger seien doch keine Nationalsozialisten, sondern nur „wild gewordene Österreicher“ gewesen. Seine versuchte Annäherung an die *Heim ins Reich*-Bewegung Henleins scheiterte, auch weil die SdP die geschwächten Sozialdemokraten inzwischen nicht mehr brauchte. Jaksch hatte sich allerdings auch in den letzten Jahren des tschechoslowakischen Staates aktiv und scheinbar eindeutig für die Erhaltung der ČSR eingesetzt, auch weil sein eigenes politisches und persönliches Überleben damit verbunden war.

Als Präsident Beneš nach der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates in Chicago seine Auslandspolitik vorbereitete, war Jaksch unter jenen Politikern, deren Mitarbeit im Exil Beneš für wünschenswert hielt. Jaksch hingegen, der über Polen zunächst nach Schweden emigriert war, erklärte es gäbe „kein Sudetenproblem mehr,“ womit er sich im großdeutschen Sinne für die Richtigkeit und Beibehaltung des Münchner Abkommens aussprach. Nachdem Beneš und die sudetendeutschen Sozialdemokraten in London ihre Exilzentren etabliert hatten, ersuchte die tschechoslowakische Führung selbstverständlich ihre deutschen Schicksalsgenossen um Zustimmung für den Eintritt sudetendeutscher Exulanten in die Auslandsarmee. Jaksch verweigerte jedoch seine Zustimmung, mit dem Ergebnis dass sich schließlich etwa vierzig Prozent des nach Großbritannien geflüchteten DSAP-Exils von Jakschs Treuegemeinschaft abspaltete, darunter zahlreiche Anhänger Ludwig Czechs, der verbittert über das Verhalten Jakschs die Flucht ins Exil verweigert hatte und schließlich in Theresienstadt endete.

Es bedarf fast nicht der Erwähnung, dass Jakschs Verhalten (betreffend die Kriegsdienstfrage, das Münchner Abkommen und die Forderung nach sudetendeutscher Autonomie) die Position der demokratischen Sudetendeutschen in den Verhandlungen

gen mit der tschechoslowakischen Exilführung erheblich schwächte und schließlich den Erfolg von Beneš katastrophaler Vertreibungspolitik erheblich erleichterte. Die anfänglichen Sympathien der britischen Führung gegenüber Jaksch gingen ebenfalls aufgrund seiner antitschechoslowakischen Forderungen bald verloren. Wie dem auch sei, es ist historisch kaum zu bestreiten, dass Jaksch mit seiner verfehlten Exilpolitik den Erfolg des tschechoslowakischen Auslandskampfes erleichtert und damit die grausame Vertreibung der deutschen Bevölkerung leider begünstigt hat.

Erwähnenswert ist auch, dass Jakschs Partei vor Beginn des Exils private Ersparnisse von Mitgliedern übernahm, welche dann in Großbritannien in britischen Pfunden zurückgezahlt werden sollten. J. W. Brügel berichtet, dass es wegen der Nichterfüllung dieser Versprechen nach dem Krieg zu Klageandrohungen einiger Mitglieder gekommen sei. Jaksch war dann 1944 führend an dem Versuch beteiligt, ausgerechnet den Aussiger Regierungspräsidenten und Altnazi Hans Krebs durch sudetendeutsche Fallschirmspringer in britischen Uniformen wg. der möglichen Konsequenzen der tschechoslowakischen Nachkriegspolitik zu warnen. Dieses Vorhaben scheiterte; zwei Sozialdemokraten mussten sinnlos ihr Leben lassen. Außerdem beschäftigte sich Jaksch in Großbritannien mit einem Plan für den „Wiedereinstieg in die Heimat“, welcher sudetendeutschen Genossen bei einem Aufstand bei Kriegsende ausdrücklich das Recht einräumte, sich an politischen Gegnern, Deutschen wie Tschechen, auch ungesetzlich rächen zu dürfen.

Nach Kriegsende gelang es der tschechoslowakischen Führung bis nach dem Feber-Umsturz des Jahres 1948, die Übersiedlung Jakschs aus Großbritannien in die spätere Bundesrepublik zu verhindern. Man fürchtete, dass er als gleichsam neuer Henlein mehr Unruhe unter den Millionen von Vertriebenen in Deutschland stiften würde als damals erwünscht war. Diese Furcht war sicherlich übertrieben, sie war aber nicht völlig unbegründet. Denn Jaksch war kaum damit zufrieden, sich als Leiter des hessischen Landesamtes für Vertriebene vor allem um die Integration der Neubürger zu kümmern. Seine Nachkriegspolitik war grundsätzlich geleitet von zwei Zielen: der Wiedergutmachung oder Revanche für die Schmach der Vertreibung durch die tschechoslowakische Führung sowie, zweitens, einem aktiven Antikommunismus im Rahmen des Kalten Krieges. Seine Probleme mit der hessischen SPD, welche schließlich zur Verweigerung eines sicheren Listenplatzes für die Bundestagswahl im Jahre 1957 (?) führten, sein Rücktritt aus dem Parteivorstand, seine bitteren Auseinandersetzungen mit dem liberalen und populären hessischen Kultusminister Schütte, und seine dauernden Drohungen, aus der SPD austreten zu wollen weil er deren Kritik an der Wiederbewaffnungspolitik der Adenauer-Führung missbilligte, machten Jaksch bald zu einem erheblichen Problemfall für seine Partei. Hinzu kam, dass er nach dem ungarischen Volksaufstand im Jahre 1956 mit einem ähnlichen Konflikt in der Tschechoslowakei rechnete und deshalb den geradezu lächerlichen Versuch unternahm, mit Hilfe des früheren tschechischen Gewerkschaftsfunktionärs Jiri Stolz eine Art Exilregierung vorzubereiten, welche im Falle eines Aufstandes sudetendeutschen Interessen entsprechen würde.

Bald engagierte sich Jaksch, welcher über den Verband der Landsmannschaften (VdL) in den 1957 entstandenen Bund der Vertriebenen (BdV) gelangt war, auch in der überparteilichen Verbandspolitik. Er entwickelte enge Beziehungen zum Gründungsvorsitzenden des BdV, dem konservativen und der CSU angehörenden Balten-

baron Georg Manteuffel-Szoege, welchen er 1964 als Präsident des BdV ablöste. Daraus entstand die enge Zusammenarbeit mit dem eingangs erwähnten Alfred Domes. Die Herren Manteuffel, Jaksch und Domes schufen schließlich die Deutsche Stiftung für Europäische Friedensfragen in Bonn, welche dann zahlreiche mögliche und unmögliche Projekte verschiedener Abgeordneter finanzierte, bis sie nach Jakschs Tod auch auf Grund von Recherchen des Bundesrechnungshofes geschlossen wurde. Als Vorsitzender benutzte Jaksch die Stiftung u.a. bei der Finanzierung der englischsprachigen Edition seines Buches *Europas Weg nach Potsdam* durch Kurt Glaser, ein erzkonservativer ehemaliger Mitarbeiter des berüchtigten republikanischen Senators Charles Kersten, der die antikommunistische Politik Präsident Trumans als zu weich kritisiert hatte. Der alles andere als tschechenfreundliche Glaser war es auch, der Jaksch mit Hilfe von Domes davon überzeugte, einen Doktor honoris causa von einem damals zweijährigen, drittrangigen College in Missouri, einer besseren Berufsschule mit seinerzeit etwa 500 Studenten, anzunehmen. Selbst heute hat dieses College nur etwa 1300 Studenten, die meisten davon Mannschaftsdienstgrade des amerikanischen Militärs, welche sich per Korrespondenz weiter qualifizieren möchten. Unter Jakschs Führung war die Stiftung außerdem bereit, Jakschs und Domes' Verbindungen zum Kreis der Mitarbeiter um die kaltkriegsgerische und erzkonservative Zeitschrift *Modern Age* (Chicago) unter Henry Regnery und David Collier zu fördern.

Nach außen hin vertrat Jaksch eine damals durchaus einleuchtende Politik, die eine Regelung der spätestens seit 1945 entstandenen deutschen Grenzen bis zu einer friedensvertraglichen Lösung auszusetzen trachtete. Zugleich befürwortete er wirtschaftspolitische Hilfsprogramme für die osteuropäischen Nachbarstaaten, wobei offen bleibt, ob er dabei nicht auch von vornherein mit der Blockade seiner Initiativen durch den Bundestag gerechnet hatte. Seine Politik war dennoch zumindest nach außen hin weit weniger starr als die seiner Kollegen im BdV. Da er gleichzeitig seine Verbindungen zu den erwähnten Reaktionären in Amerika pflegte, immer mehr von der im Entstehen begriffenen neuen Ostpolitik der SPD abrückte und zusätzlich mit Hilfe seines Freundes Karl Kern (Malmö) die Gründung einer neuen Partei namens *Bund Patriotische Mitte* plante, ist es sehr wahrscheinlich, dass Jaksch schon in den späten fünfziger Jahren seiner Partei längst entwachsen und, wie einige seiner Nachfolger an der Spitze des BdV nach ihm, von seinen Überzeugungen her längst im konservativen Lager angelangt war. Dass Willy Brandt Ende 1966 den sogenannten Genossen Jaksch nach dessen unvorhersehbarem Unfalltod dennoch als Zeuge seiner liberalen Ostpolitik feierte, war Ausdruck der Dankbarkeit der SPD für das Stillhalten der Seliger-Gemeinde in der Auseinandersetzung mit den Vertriebenen bei der Durchsetzung von Brandts Ostpolitik. Auch würdigte die Partei das positive Verhalten der Seliger-Gemeinde durch die Schaffung des Wenzel-Jaksch Gedächtnispreises.

Das zeithistorische Urteil betreffend Persönlichkeiten der Nachkriegszeit ist heute wesentlich kritischer als noch vor wenigen Jahren der Fall war. Unter Sozialdemokraten sollten hierbei ethische Aspekte eine erhebliche Rolle spielen. Die Politik und Vergangenheit Jakschs und anderer deutschen Vertriebenenpolitiker muss unbedingt neu bewertet werden. Es spricht viel dafür, dass der wirkliche Wenzel Jaksch ein Völkisch-Nationalkonservativer, ein Kalter Krieger, und ein wesentlich bitterer Kritiker der tschechischen Politik war, als seine späteren Veröffentlichungen vielleicht suggerieren. Der bewährte sozialdemokratische Parteisoldat und stellvertretende DSAP-Generalsekretär Ernst Paul bezeichnete einst den ihm unangenehmen Jaksch,

vielleicht sehr treffend, als verhinderten *viđce* (Führer) und als daher fraglichen Sozialdemokrat. Ein verdienstvoller Nachfolger des Austromarxisten und Parteigründers Josef Seliger war der Volkssozialist Jaksch daher mit Sicherheit nicht. Nicht ohne Grund gab es seit 1940 und zuletzt nach seinem Ableben mehrere Abspaltungen von der Treuegemeinschaft und von der Seliger-Gemeinde, vor allem wegen der konservativen und eigenwilligen Politik Wenzel Jakschs. Sein Volkssozialismus entsprach den Anliegen der längst nicht mehr sozialdemokratischen Mehrheit seiner Landsleute daheim, nicht aber der Tradition der DSAP. Sein Volkssozialismus; seine großdeutsch bedingte Anerkennung des Münchner Abkommens und wesentliche Inhalte seiner Exilpolitik brachen mit der aktivistischen Tradition und Haltung der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Seine Anpassung an die Landsmannschaft und an den BdV nach dem Kriege, seine enge Verbindung mit dem Altnazi Alfred Domes waren eine Fortsetzung dieser Politik, welche jedoch mit den Grundsätzen der SPD unvereinbar war und ist. Sozialdemokraten und Historiker dürften mir zustimmen, dass es insgesamt betreffend Jaksch wenig zu feiern gibt und dass er im Grunde genommen schon seit den späten dreißiger Jahren nicht mehr als genuiner Sozialdemokrat bezeichnet werden kann.